

M 1 Erster Bericht zu Tschernobyl im Lokalteil des ZAK:

Zollernalbkurier vom Montag, 5. Mai 1986

Gestern erster Strahleneinsatz in Ebingen aber:

Überreaktion und Angst sind nicht am Platze

Gespräch mit dem „Wetterfrosch“ der Bundeswehr – Auf dem Geißbühl war alles ruhig

Albstadt/Meßstetten (ge). Große Aufregung am Sonntagvormittag: Strahleneinsatz der Ebingen Feuerwehr: zum ersten Mal Ernstfall für die Geigerzähler des Strahlenmeßtrupps unter Kommandant Jürgen Binder. Dem Alarm durch die Polizei folgte die – erfreuliche – Ernüchterung. Die Sorgen eines Ebingen Ehepaares, das sich nicht wohlfühlte und festgestellt zu haben glaubte, daß alle Zimmerblumen einen gelb-verwelkten Eindruck machten, erwiesen sich als unbegründet. Die Instrumente zeigten lediglich die normalen Umweltstrahlung entsprechenden Werte an. Dennoch Stirnrunzeln der Behörde: ob sich jetzt auch bei uns die zwar begreifliche aber völlig unnötige „Atom-Hysterie“ breitmacht?

Während Kommandant Binder pflichtgemäß die – nicht vorhandenen – Strahlungsgefahren an den Bezirksbrandmeister beim Regierungspräsidium Tübingen weitermeldet, haben wir von der ZAK-Redaktion versucht, uns ein objektives Bild zu verschaffen über die Lage. Am Wochenende kein einfaches Unterfangen: die zivilen geophysikalischen Institute und Umweltämter sind teilweise nicht besetzt, geben zudem allgemeine, der überörtlichen Presse entnehmende Werte, aber keine lokalbezogenen heraus.

Was sagt das Militär?

Der gute Draht zur Luftwaffendivision, namentlich Generalmajor Uwe Vieht, sowie zum Leiter der geophysikalischen Abteilung der Division, Diplom-Meteorologe Günther Hanl, allerdings machte kaum Gegläubtes möglich. Wenn auch keine Meßwertzahlen, so zeigte der „Mann von der Geophysik“ doch schnell auf, daß Gefahr nicht im Verzug, Überreaktion und Angst also für die Bewohner des Zollernalbkreises nicht am Platze sind.

Warnsystem ständig durchgeübt

Denn: wenn ein Ernstfall einträte – und dies müßte nicht unbedingt der bewußte V-Fall sein, für den sich die Bundeswehr täglich in Schilf hält; wenn also die Meßwerte der radioaktiven Strahlungen über die Normalgrenze hinausgehen, würde dies bei den entsprechenden Verantwortlichen der Bundeswehr sofort bekannt. Das Warnsystem und die dazugehörigen Kanäle sind in regelmäßigen Übungen so durchgeführt und perfekt, daß keinerlei Zweifel bestehen, daß der „Geißbühl“ sofort in Kenntnis gesetzt würde. Immerhin – der Divisionsstab mit Generalmajor Vieht an der Spitze trägt Verantwortung für hunderte von Einsatz-Piloten, die ja im Strahlungsfalle noch extrem gefährdeter wären zunächst als die Bevölkerung.

Warndaten bewußt auf ziviler Seite

Günther Hanl: „Die Bundeswehr selber hat keinen Auftrag und keine Einrichtungen, die entsprechende Meßzahlen liefern. Diese Aufgabe wurde bewußt den zivilen Umweltämtern zugeordnet. Allerdings ist die Durchlässigkeit der Informationen reibungslos gegeben“.

Zum Reaktorunglück und seinen Folgen meint Hanl, daß die Werte für uns nicht im Gefahrenbereich liegen. Wäre dies der Fall gewesen, hätte auch die geophysikalische Dienststelle in Meßstetten den Auftrag gehabt, anhand der durchgegebenen Meßwerte ihre wetter- und klimabezogenen Schlüsse zu ziehen. Sprich: im V-Falle wird die Geophysik den Kommandierenden Informationen darüber erteilen, wo sie ihre Truppen nicht einsetzen kann, weil Wind, Luftströmung und sonstige Witterungseinflüsse die Strahlungen in irgendeinem Bereich zur echten Einsatzgefahr werden lassen.

Keine Sonderstellung

Fazit des Gespräches: Die Bundeswehr genießt keine Sonderstellung, was die Information über Normal- oder Grenzwertbereiche radioaktiver Verschmutzung im Falle eines zivilen Unglücks anbetrifft. Nur im Einzelfall, dem vielzitierten „V-Fall“ hat sie einen Informationsvorsprung vor der Bevölkerung. Die Tschernobyl-Werte haben auf dem Geißbühl keine Reaktion ausgelöst.

(Unterstreichungen im Exemplar des Kreisarchivs)

Alle Zeitungsartikel:
© Kreisarchiv Zollernalbkreis: KRA BL ZAK 3/14, Bd.1, 442-445

Aufgabe: Arbeitet aus den Artikeln heraus,

- wie Politik und Verwaltung, Bürger und Presse reagieren,
- inwiefern hier eine Entwicklung feststellbar ist,
- welche Parallelen es zur Covid-Pandemie gibt.

M 2 Zollernalbkurier vom Dienstag, 6. Mai 1986 (Transkription)

Landratsamt: Derzeit keine beängstigenden Becquerel-Werte aus dem Kreis bekannt

Milch ohne gefährliche Strahlenbelastung EDEKA darf Gemüsesorten nicht ausliefern

Albmilch Rottweil: „Unsere Milch ist einwandfrei“ – EDEKA: 40 000 bis 50 000 Mark Schaden – Polizei entnimmt Proben

Balingen (schn/tg/sl). Nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl bei Kiew haben die Regierungen von Bund und Land Vorsorgemaßnahmen gegen strahlenbelastende Milch beschlossen. So dürfen Molkereien Frischmilch nur noch dann auf den Markt bringen, wenn das darin enthaltene Jod-131 den Wert von 500 Becquerel pro Liter nicht übersteigt. Darüber hinaus hat die Bonner Strahlenschutzkommission am Wochenende ihre Warnung vor der unkontrollierten Einnahme von Jodtabletten bekräftigt. Eine aktuelle Umfrage der Redaktion hat ergeben, daß die Milch im Zollernalbkreis nicht verseucht, sondern einwandfrei ist, so zu hören aus dem Hause Albmilch in Rottweil. Auch dem Landratsamt Zollernalbkreis war gestern von gefährlichen Konzentrationen an Radioaktivität im Kreisgebiet nichts bekannt. Bei EDEKA in Balingen wurde die Auslieferung zahlreicher Gemüsesorten unterbunden. In den Apotheken sind in der vergangenen Woche vermehrt Jodtabletten gekauft worden – trotz Abraten der Apotheker. Auch die Nachfrage nach Trockenmilch ist angestiegen.

Seit Tagen entnimmt der Wirtschaftskontrolldienst der Polizeidirektion Balingen (WKD) nachts Boden-, Luft- und Grünproben (Gras, Gemüse usw.). Sie werden zur Feststellung radioaktiven Befalls zur Untersuchung eingereicht. Das ist der Redaktion bekannt.

Hauptkommissar Hans Bohner, Leiter des WKD: „Ich darf keinerlei Auskünfte geben. Informationen gibt es nur über das Umweltministerium in Stuttgart“.

Die Erd-, Luft- und Aufwuchsproben aus dem Zollernalbkreis weisen nach Angaben aus dem Umweltministerium bislang keine beunruhigenden Becquerel-Werte auf. Außerhalb des Zollernalbkreises wurden im Land Jod-Konzentrationen bis zu 250 Becquerel gemessen. Betroffen davon ist in erster Linie das Blattgemüse. Die Landesregierung empfahl daher Freilandgemüse vor dem Verzehr gut zu waschen, bzw. vorerst nicht zu essen.

Jürgen Schmid, Pressesprecher des Landratsamtes Zollernalbkreis: „Die Erd-, Luft- und Gemüseproben werden in den einzelnen Chemischen Landesuntersuchungsämtern untersucht und analysiert. Diese Ergebnisse wiederum werden beim Umweltministerium gesammelt. Schon bei geringster Gefahr würden wir informiert. Bei den bisherigen Proben aus dem Kreisgebiet konnten keine beunruhigenden Daten festgestellt werden“.

Regierungs-Landwirtschaftsdirektor Dr. Hans Birnbacher, Leiter des Staatl. Landwirtschaftsamtes Balingen:

„Bis jetzt haben wir vom Regierungspräsidium Tübingen weder Weisungen bzw. Empfehlungen erhalten, noch welche ausgegeben. Dazu bestünde bei uns auch derzeit keine Veranlassung, da die Landwirte im Zollernalbkreis ihr Vieh noch nicht auf die Weiden ausgetrieben haben. Die Tiere stehen nach wie vor im Stall und werden mit Heu, Silage und Kraftfutter versorgt. Gefahr ist also nicht im Verzug. Die anhaltenden Regenfälle in den vergangenen Wochen haben den Viehaustrieb verzögert.“

Im Zollernalbkreis gibt es ca. 7000 Kühe, davon gehen aber nur etwa 2000 auf die Sommerweide. Die anderen landwirtschaftlichen Betriebe haben keine Weiden.

Egon Kalbacher, Albmilch Rottweil:

„Unsere Milch ist einwandfrei! Mit 9,3 Becquerel pro Liter wurde bei uns eine nur ganz geringe Jodmenge in der Milch gemessen. Erst ab 500 Becquerel dürften wir die Frischmilch nicht mehr anbieten.“

Albmilch Rottweil und Radolfzell verarbeiten täglich rund 800 000 Liter Milch aus dem Gebiet zwischen Bodensee und Schwarzwald, einschließlich Zollernalbkreis. Die aktuellen Becquerel-Werte erhält das Milchwerk vom Chemischen Landesuntersuchungsamt Stuttgart über das Landratsamt Rottweil.

Amtstierarzt Dr. Ulrich Hennerich, Balingen:

„In der Region Tübingen, Reutlingen und Zollernalbkreis gibt es nur einen Landwirt, der Vorzugsmilch selbst verpacken und verkaufen darf. Romuald Weckenmann in Schömburg. Diese frische Rohmilch kann unbedenklich getrunken werden. Die Kühe erhalten noch kein Grünfutter, werden nur mit Trockenfutter gefüttert. In den Stallungen des Marienhofes stehen ca. 40 Kühe, Vorzugsmilch ist eine besonders geprüfte Milch.“

Einige Lebensmittelgeschäfte haben seit Wochenanfang Freilandgemüse „aus dem Verkehr gezogen“. Sie machen ihre Kunden auf Plakaten darauf aufmerksam.

Die EDEKA-Handelsgesellschaft Neckar-Bodensee mit Sitz in Balingen ist gestern vom Wirtschaftskontrolldienst der Polizei veranlaßt worden, riesige Mengen an Gemüse nicht in den Handel zu bringen.

EDEKA-Direktor Toni Wirtz:

„Bei dem Gemüse handelt es sich um Blumenkohl aus Frankreich und Radicchio aus Italien, Bundzwiebeln und Spinat aus Deutschland, Wassermelonen und Eissalat aus Spanien, Lauch aus dem Bergischen Land und Mischsalat. Uns entsteht ein Schaden in Höhe von 40.000 bis 50.000 Mark. Zur Stunde weiß ich weder, wer für den Schaden aufkommt bzw. wohin mit dem Gemüse“.

Die Apotheken

Alle Apotheken konnten, so das Ergebnis unserer Umfrage, in der letzten Woche eine mäßige bis starke Nachfrage nach Jodtabletten registrieren. Durchweg hatten die Apotheker ihren Kunden vom Kauf bzw. von der Einnahme dieser Jodpräparate abgeraten. Die Einnahme von Jod sei nach der gegebenen Situation nicht notwendig gewesen und man müsse mit Nebenwirkungen nach der Aufnahme von Jod rechnen, lauteten die zwei meist genannten Argumente.

Apotheker Rolf Laux, Freihof-Apotheke, erklärte, es sei sehr zielstrebig gekauft worden. In der letzten Woche seien Jodtabletten nicht mehr lieferbar gewesen.

Karl-Heinz Ahting, Bahnhof-Apotheke, hat an seine Kunden kein Jod verkauft. Da würde der Teufel nur mit dem Beelzebub ausgetrieben, meinte Ahting. Die notwendigen Dosierungen seien im Handel nicht erhältlich und würden im Katastrophenfall über die Gemeinde oder andere Organisationen ausgegeben. Die jetzt erhältlichen Mittel seien viel zu schwach.

Angelika Künkel, Bären Apotheke, hat ebenfalls keine Jodpräparate verkauft. Sie konnte die Interessenten mit Argumenten eines besseren belehren. Zudem zeigte sich Angelika Künkel bekümmert über die vielen irreführenden Informationen, die veröffentlicht würden, ohne aber wirklich zur Klärung der Sachlage beizutragen.

Annedore Egelhaaf, Apotheke beim Rathaus, hatte eine sehr starke Nachfrage festgestellt. Nach einem Tag sei bereits alles ausverkauft gewesen, was man nicht habe verhindern können, da Jod rezeptfrei erhältlich sei. Auch die Ängste der Bevölkerung könne man verstehen. Anfang dieser Woche sei beispielsweise die Nachfrage nach Trockenmilch gestiegen.

Hansjörg Stuck, Rosen-Apotheke, verdeutlichte, daß die Einnahme der im Handel erhältlichen Präparate sinnlos sei, da Jod hier nur in Mikrogramm-Dosierungen erhältlich ist. Als Präventivdosierung sei aber in den ersten 24 Stunden eine Menge von 200 Milligramm Kaliumjodid angesetzt. Die Einnahme von Jod sei mit Sicherheit nicht gerechtfertigt gewesen, schon allein, wenn man an die möglichen Nebenwirkungen wie Vergiftungen und Verätzungen denke.

Apotheker Martin Schnabel, Stadt Apotheke, konstatierte, daß inzwischen niemand mehr nach Jod gefragt habe, dafür aber habe die Nachfrage nach Trockenmilch stark zugenommen und auch Mittel zur Wasseraufbereitung wurden verlangt.

Auch **Werner Mania, Adler-Apotheke,** bestätigte die eingetretene Ruhe. Am Wochenende und zu Wochenbeginn sei nicht mehr nach Jod gefragt worden.



Die Landwirte

Landwirt Karl Majer aus Ostdorf hat etliche Milchkühe in seinem Stall stehen. Er füttert sie, wie die Bauern aus der Umgebung, mit Heu und Silage. Auf die Weide kommen die Kühe erst bis in 14 Tagen. Und bis dahin, so hofft er, wird die Strahlenbelastung nicht mehr gefährlich sein. Genaues weiß er nicht. Vom Landwirtschaftsamt sind noch keine Auflagen gekommen. Nur die Abnehmer, er verkauft direkt, nicht über die Molkerei, – die sind etwas skeptisch. Ob man die Milch jetzt überhaupt noch trinken könne, habe ihn gestern eine Frau gefragt.

Bauer Sautter aus Leidringen ist Besitzer von 20 Milchkühen. Er vertreibt die Milch über die Molkerei und die würde zur Zeit den Jod-131-Gehalt kontrollieren. Seine Frau sei schon beunruhigt. Ihr gehe es wie einem Großteil der Bevölkerung, sie wisse über atomare Strahlung nicht viel.

Landwirt Richard Lang aus Balingen hat auf dem Landwirtschaftsamt nachgefragt, weil er seine Kühe auf die Weide lassen wollte. Nach den Nachrichten habe er sich informieren wollen, ob es gefährlich sei. Der Leiter des Amtes, Dr. Birnbacher, habe empfohlen, die Kühe bis mindestens Ende dieser Woche im Stall zu lassen.

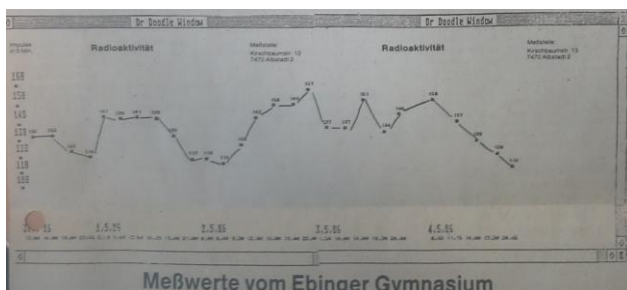
Landwirt Jörg Seemann (Balingen) und Halter von Milchkühen meint, daß es nur gut sei, daß dieses Jahr genügend Heu vorhanden sei. Sonst hätte man dazukaufen müssen.

Unklar ist den Landwirten, ob ihnen die eventuellen Verluste, die sie durch das Reaktorunglück hinnehmen müssen, ersetzt werden.

Der Mann auf der Straße

Eine Umfrage auf der Friedrichstraße in Balingen ergab: Die Bürger lassen kein gutes Haar an den Behörden. Sie kritisieren vor allem die offizielle Informationspolitik, die nichts Konkretes aussage. Auf der einen Seite heiße es, beim Genuß von Gemüse bzw. beim Trinken von Milch seien keine gesundheitlichen Schäden zu befürchten, da die bisher gemessenen Becquerel-Werte weit unter der Gefahrenzone lägen, auf der anderen Seite aber würde man Gemüse aus den Regalen der Geschäfte räumen. Fast alle Interviewten vermissen eine Veröffentlichung exakter Meßwerte. Erst wenn ausreichende Daten auf dem Tisch lägen, sollte man reagieren. Dann aber sofort. So die Meinung des Bürgers auf der Straße.

Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Balingen, Ulrich Teufel, hat gestern in einem Gespräch mit Oberbürgermeister Dr. Fleischmann angeregt, die Stadt möge sich darum kümmern, selbst Meßdaten über radioaktive Belastung zu ermitteln, um der verunsicherten Bevölkerung eine Orientierungsmöglichkeit zu geben. Wie Oberbürgermeister Dr. Fleischmann gegenüber unserer Zeitung erklärte, habe ihm das Regierungspräsidium Tübingen auf Anfrage mitgeteilt, da Meßtrupps der Polizei im Einsatz sind, um Luft-, Boden- und Wasserproben zu entnehmen, so auch in Balingen. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so hätte er, Fleischmann, ein privates Institut mit Untersuchungen beauftragt. „Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, zu wissen, ob auch in unserem Raum erhöhte oder gar gefährliche Radioaktivitätswerte zu verzeichnen sind“, so der Oberbürgermeister. Die Stadt selbst habe gar nicht die Möglichkeit und die Ausstattung selbst solche Untersuchungen durchzuführen.



Albstadt-Ebingen. Wie gesund ist die Luft über Albstadt? Der Radioaktivität auf der Spur ist seit 30. April bis zum Sonntag Rainer Feuer vom Ebinger Gymnasium. Die Messstelle: Kirschbaumstraße 13 in Tailfingen. Seine Erläuterung der oben stehenden Tabelle: „Bei gleichbleibendem Standard wurde jeweils fünf Minuten lang die 6+-Intensität gemessen. Zum Vergleich: Normalwert ca. 80p/5 Minuten. Am 2. Mai ist ein Anstieg auf das Doppelte des Normalwertes zu erkennen. Diese Messung erfolgte gegen 22 Uhr.“



Wunde Finger vom Kurbeln der Telefonscheibe: Nervendes „Besetzt-Signal“ oder „Kein Anschluß unter dieser Nummer“. Oder Durchläuten bis zum geht nicht mehr: die (069) 8062 App. 702, 703, 704 zeigt sich schweigsam. Dabei kommt, wer Informationen will, um diesen „Durchlaß“ zu Meßwerten der Belastungsintensität nicht herum. Denn der „Deutsche Wetterdienst“ in Offenbach ist allein auskunftsberechtigt. So haben denn gestern alle Vorstöße in den Wetterämtern Freiburg und Stuttgart keinen Zweck. Hier wird zwar gemessen und registriert. Aber auch ge-

schwiegen. Dabei wollen wir doch „nur“ eine Kurve über die Meßwerte seit dem vergangenen Montag, als die radioaktiv geladene Unglückswolke aus Tschernobyl bekannt wurde. Dabei wollen wir doch „nur“ anhand dieser Meßkurve über die Strahlenbelastung in einem uns möglichst nahe gelegenen Meßbereich (Freiburg z.B. oder Ulm oder Stuttgart) unseren Lesern objektiv darstellen, daß – und ob – ihre Angst berechtigt bzw. unbegründet ist. Aber um ein eventuelles Risiko einordnen zu können, bedarf es doch erst der Klärung darüber, was normal ist. Wie hoch liegen die Normalwerte der alltäglichen Strahlenbelastung bei uns? Wie hoch ist die Maximalbelastung? Wie haben sich die Werte seit Tschernobyl verändert? Erst aus diesem Dreisatz heraus kann eine mögliche Gefährdung ermittelt werden. Auf solche klaren Zahlen allerdings mußten wir trotz aller Recherchebemühungen verzichten. Man hüllt sich in Schweigen, klare Zahlen sind rar. Hat man vorher nie gemessen? Hat man mit der Möglichkeit eines Unglücks, das schließlich auch in jedem Reaktor der Bundesrepublik passieren kann, nicht gerechnet? Die Frage „was ist normal“ beschäftigte auch die Physiklehrer an den weiterführenden Schulen. Unter anderem stellte der Physikkurs im WG fest, daß die Luftbelastung mit 18 Impulsen pro Minute nicht aus dem „üblichen“ herausfällt. (Das Gymnasium kam zu anderslautenden Berechnungen). In der Erde freilich wurden 30 Impulse gezählt, aber der Vergleichswert von vorher fehlt. Was ist also normal? Darf ich noch Schnittlauch aus dem Garten holen oder gefährde ich mich mit der gartenfrischen Kresse? Ist die Strahlendosis eines Fernsehabends ungesünder oder das – übrigens ohnehin gesundheitsgefährdende – Sonnenbad in der Mittagshitze? Diese Auskunft steht aus. Deshalb bleibt Unsicherheit. Und ein Zweifel an der Informationspolitik der Behörden. Wenn es wirklich ernst gewesen wäre, was wäre dann?

notburg geibel

»Der Bürger steht im radioaktiven Regen«

Kritik an Informationsfluß des Landratsamtes / Kommunen im Abhängigkeitsverhältnis

sb. Burladingen/Hechingen. Der Diskussion um die Ohnmächtigkeit gegenüber radioaktiver Strahlung folgen nun im Mittelbereich Hechingen erste zaghafte Taten von seiten der Bürgermeisterämter. So erklärte der Beigeordnete der Stadt Hechingen, Karl Neth, daß das Außenbecken des Hechinger Hallenbades vorsorglich gesperrt und abgedeckt werde und außerdem Trinkwasserproben entnommen und zur Untersuchung eingeschickt worden seien. Burladingens Bürgermeister Peter Höhnle hat die Leiterinnen der städtischen Kindergärten angewiesen, mit den Kindern nicht mehr ins Freie zum Spielen zu gehen, außerdem wurden sämtliche öffentlichen Spielplätze im Bereich Burladingen gesperrt.

Die breite Verunsicherung in weiten Kreisen der Bevölkerung macht aber auch vor den Rathausstüren nicht halt: Bürgermeister Peter Höhnle bezeichnete die Situation seit dem Reaktorunfall von Tschernobyl als »sorgenvolle Sache«, wobei man sich auf die Behörden verlassen müsse. Auf den Rathäusern würden eben keine Strahlenexperten sitzen, so daß man auf Anweisungen der übergeordneten und zuständigen Behörden angewiesen sei. Ob das Trinkwasser des auf Burladinger Gemarkung gelegenen Kreiswasserwerkes, durch das weite Teile des Zollernalbkreises versorgt werden, belastet ist, soll bei einer Untersuchung in Karlsruhe festgestellt werden. Mit dem Ergebnis rechnet die Burladinger Stadtverwaltung am heutigen Mittwoch.

Kritik der IGNUK

Die Interessengemeinschaft für Naturkunde und Umweltschutz Killertal bemängelt in ihren Äußerungen, daß das Landratsamt Zollernalbkreis bisher nichts von sich hören ließ, keine Informationen und Verhaltensmaßnahmen herausgab. Der Burladinger Kreisrat Dr. Günter Wiebusch, bei der IGNUK für den Bereich Umwelt zuständig, spricht offen die Vermutung aus, daß für den Fall der radioaktiven Verseuchung keine Katastrophenpläne vorliegen oder aber das Landratsamt wisse mit eventuell vorliegenden Plänen nicht umzugehen. Die Belastung auch im Zollernalbkreis sei wohl am 1. Mai am größten gewesen, zu diesem Zeitpunkt, so Wiebusch, sei die Bevölkerung noch nicht gewarnt gewesen und habe folglich noch »genüßlich Grünzeug« gefuttert. Insgesamt gesehen glaubt Wiebusch, daß die Behörden der Situation machtlos gegenüberstehen und wirft die Frage auf, ob in

der Zeit um den 1. Mai im Zollernalbkreis überhaupt Messungen durchgeführt worden seien. Wiebusch sieht in dem ganzen Vorgehen der Behörden eine »Verharmlosungspolitik« und hält den Verantwortlichen vor, »die Bürger im radioaktiven Regen stehen zu lassen«. Als makaber stuft es Wiebusch ein, daß die Aufklärung der Bevölkerung im Zollernalbkreis hauptsächlich durch Physiklehrer und Schüler erfolgte. Kopfschüttelnd kommentiert der Kommunalpolitiker die vom Landratsamt herausgegebene Nachricht, wonach »keine beunruhigenden Daten aus dem Kreisgebiet bekannt sind« und hält dem entgegen, »warum wird dann der ganze Salat beschlagnahmt?« Nach Ansicht des IGNUK-Sprechers könne aus dem bisherigen Behörden-Verhalten abgeleitet werden, daß man auf atomare Katastrophen nicht vorbereitet sei, wobei sich natürlich die Frage stelle, ob man sich überhaupt vorbereiten könne oder ob man mit dieser Technik nicht doch schon »am Ende der Fahnenstange« sei.

Härten für Einzelhandel

Wirtschaftliche Auswirkungen haben die bisher als Vorsorgemaßnahmen bezeichneten »Erlasse« auf den Einzelhandel. So war in Burladingen von führenden

Einzelhändlern zu hören, daß Frischmilch seit Tagen nicht mehr gekauft werde und dadurch ebenso auf der Müllkippe lande wie das vom Wirtschaftskontrolldienst beschlagnahmte Freilandgemüse und Salate. »Der Reaktorunfall von Tschernobyl hat katastrophale Auswirkungen auf das Geschäft« war von einem Einzelhändler zu hören – dagegen meldete ein Burladinger Obst- und Gemüsegroßhändler weiterhin gute Geschäfte. Er berichtete, daß am gestrigen Mittag einige Herren der Polizei da waren, die die gesamte Ware aus den verschiedensten Anbaugeländen prüften und keine Beanstandungen hatten, die Meßgeräte hätten schlicht und einfach »nichts angezeigt«.

Wie stark die radioaktive Belastung direkt in Burladingen ist, darüber gab es gestern noch keine Zahlen. Lediglich am Progymnasium hatte ein Lehrer Messungen durchgeführt. Mit den der Schule zur Verfügung stehenden Geräten ermittelte er im Klassenzimmer 15 bis 17 Impulse (Zerfälle) pro Minute, im Pausengelände zeigten die Meßgeräte das rund Fünffache (82 Impulse) an, wobei allerdings berücksichtigt werden müsse, daß der Hofraum aus sehr viel Kunststein besteht, der von sich aus eine gewisse Radioaktivität mit sich bringe.

M 4 Aus einem Bericht der Stuttgarter Redaktion des Zollernalbkurier vom Mittwoch, 7. Mai 1986

Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder hat unterdessen an alle erreichbaren Lehrer, die sich mit Schülergruppen derzeit in einem Ostblockland aufhalten, Weisung erteilt, sofort zurückzukehren. Der Sprecher des Kultusministeriums konnte die Zahl der betroffenen Schüler nicht nennen. Bis auf weiteres würden keine Ostblockreisen dieser Art mehr gestattet. Um die Regelung finanzieller Fragen, die sich aus einem vorzeitigen Abbruch der Reisen für die Eltern ergeben, wolle man sich bemühen, hieß es.

Erste Werte für den Landkreis auf dem Tisch

Am Samstag 24 700 Becquerel pro Kilogramm Gras gemessen

Balingen (tg). Gestern nachmittag um 16.30 Uhr konnte Landrat Heinrich Haasis und der Leitende Regierungsdirektor Roland Haaß erste Meßwerte des Ministeriums über die Strahlenbelastung im Zollernalbkreis auf den Tisch legen, unabhängig vom Antrag der SPD-Kreistagsfraktion. Nach Auswertung der Meßergebnisse wurde am Samstag, 3. Mai, im Zollernalbkreis tatsächlich ein Wert von 24 700 Becquerel (Bq) pro Kilogramm Gras gemessen. (Der Normalwert liegt bei rund 250 Bq). „Ein bedeutender Wert“, wie es Haasis und Haaß kommentierten. Am Sonntag lag dieser Wert dann bei 18 500 Bq. In der Luft wurde ebenfalls am Sonntag eine Strahlenbelastung von 0,1 Millirem gemessen. „Eine sehr geringe Dosis“, so Haaß. Die Messungen beziehen sich auf Jod 131. Nach wie vor gilt die dringende Empfehlung dem Vieh kein Grünfutter zu verabreichen, kein Freilandgemüse zu essen und die eigenen Gärten nicht mit Regenwasser zu bewässern. Weitere Meßdaten werden heute und morgen erwartet.

Die hohen Werte seien auf die Niederschläge am Samstag zurückzuführen, erläuterte Roland Haaß. Die Tendenz sei jedoch fallend. Die Landesregierung habe auf Grund dieser Daten vom Samstag den Verkauf von Freilandgemüse verboten. Kontrollen wurden von der Polizei durchgeführt. Das beschlagnahmte Gemüse wurde vom Landkreis auf der Deponie Hechingen zwischengelagert, nach oben und unten abgedichtet. „Dieses Gemüse gilt als Müll und nicht als Sondermüll“, erklärte Haaß.

Bei der Milch sind 500 Bq pro Liter zugelassen. Gemessen wurden aber für den Zollernalbkreis bisher nur Werte zwischen 18 und 20 Bq. An der Bodenoberfläche wurden am 4. Mai im Bereich Balingen 33 000 Bq pro Quadratmeter gemessen, Hechingen

34 500 Bq. Der Normalwert liegt zwischen 2000 und 3000 Bq. Becquerel gibt nur die Zahl der in einer Sekunde zerfallenen Atome an, sagt allerdings nichts über die Intensität der radioaktiven Strahlung aus. Hier wurden am Sonntag, 4. Mai, und am Montag, 5. Mai, in einem Meter über dem Boden eine Strahlung von 18 bis 20 Mikrorrem gemessen, das 1,8-Fache des normalen Wertes. Die Überprüfungen laufen weiter. Auf Initiative des Landratsamtes Balingen wird auch das Grundwasser untersucht. Erste Daten werden heute oder morgen erwartet. Kinder könnten ruhig ins Freie gelassen werden und auch im Garten spielen, doch sollte man sie anschließend waschen, vorsorglich, wie Roland Haaß meinte.

Strahlenbelastung rückläufig

ah. Balingen. Die ersten Meßergebnisse aus dem Zollernalbkreis über Jod 131 – und Strahlenbelastungen konnte Landrat Heinrich Haasis gestern nachmittag bekannt geben. Danach gilt die dringende Empfehlung, weiterhin, keine Kühe zur Weide aufzutreiben oder mit Grünfutter zu füttern. Auch warnt der Landrat nach den Meßergebnissen vor dem Verzehr von im Freiland gezogenem Gemüse.

Nach den Messungen geht der Anteil an Jod 131 zurück. Während am Samstag im Zollernalbkreis an Jod 131 noch 24 700 Becquerel (Bq) gemessen wurden, betrug dieser Anteil pro Kilogramm Gras am Sonntag 18 500 Bq. Damit war ein spürbarer Rückgang zu verzeichnen. Der im Normalfall im Gras enthaltene Anteil beträgt 250 Bq. Durch die Nahrungsaufnahme werden diese Werte für den Menschen kritisch. Daher wurde im Freiland gezogenes Frischgemüse im Kreis bei einer entsprechenden Dosis eingezogen. Nach der Strahlenschutzverordnung sind in der Milch ein Anteil von Jod 131 von 500 Bq zugelassen. Die Messungen im Zollernalbkreis ergaben bei Milchproben 18 bis 30 Bq.

Bei Untersuchungen der Bodenoberflächen wurden im Bereich von Balingen 33 000 Bq und im Mittelbereich Hechingen 34 500 Bq pro Quadratmeter festgestellt.

Auch die Strahlenbelastung ist zurückgegangen. Während am Sonntag in der Luft eine Strahlendosis von 0,1 Millirem festgestellt wurde, ging dieser Wert am Sonntag und Montag auf 18 und 20 Microrem zurück. Dies ist das 1,8fache der normalen Strahlenbelastung.

Von seiten des Landkreises wurden Untersuchungen zusätzlich von Proben des Grundwassers angeordnet. Ihre Ergebnisse liegen jedoch noch nicht vor.

„Nach der Atomkatastrophe in der UdSSR Informations-Katastrophe bei uns“

Hans-Dieter Stürmer, MdL der Grünen, forderte Stilllegung aller Atomkraftwerke in der Bundesrepublik – so bald wie möglich

Balingen. „Wir müssen dafür sorgen, daß sich eine Katastrophe wie in Tschernobyl nicht wiederholt. Die Konsequenz muß sein, alle Atomkraftwerke in der Bundesrepublik abzuschalten, sobald wie möglich. Mir persönlich wäre es am liebsten, dies geschehe in den nächsten Tagen“, meinte Hans-Dieter Stürmer, Landtagsabgeordnete der Grünen, an die Zuhörer in der Balingen Stadthalle gewandt. Nach einer eingehenden Analyse der deutschen und der sowjetischen Atomkraftwerke kam Stürmer zu dem Schluß, es bestehe letztendlich kein großer Unterschied zwischen den Typen. Und da es keinen hundertprozentig sicheren Reaktor gebe, müsse man abschalten. In gut 1600 Kilometern Entfernung sei die Katastrophe passiert, was in der Bundesrepublik folgte, war die Informations-Katastrophe. Nicht einmal die Presse sei in der Lage gewesen, aufgrund der völlig irritierenden Nachrichtenlage, ihrer Informationspflicht nachzukommen. „Wenn eine solche Katastrophe bei uns passiert, kann man sich ungefähr ausrechnen, was dann passiert“, orakelte Stürmer. [...]

Landrat Haasis: Kein Anlaß zur Panik

Trinkwasserquellen und Rasenplatz gesperrt / Widersprüchliche Aussagen

mh. HECHINGEN. Einerseits geben die zuständigen Verwaltungsbehörden bis hinauf zum Innenministerium ständig Entwarnung und versichern, daß Gesundheitsschäden bei Befolgung der empfohlenen Vorsorgemaßnahmen nicht zu befürchten sind. Andererseits werden gleichzeitig – unter anderen ähnlichen Meldungen – die Schließung der Trinkwasser-Quellen in Bisingen und Bietenhausen angezeigt. Zudem wurde ein Fußballspiel auf dem Rangendinger Sportplatz wegen erhöhter radioaktiver Werte – so der Wortlaut der Nachricht – angeblich durch den WKD unterbunden.

Ein Kunde in einem Rangendinger Geschäft unterhält sich mit der Kassiererin. In seinem Einkaufswagen liegt ein Salatkopf. Im Gespräch zeigt er sich strahlend: «Wenn die sogar s'Fußball absaget, sem'er eh scho' so verstrahlt, d'mer au d'Salat wieder essa kennet.» Andere Stimmen meinen, »des isch doch alles Bledsinn«. Und ein paar Straßen weiter schimpft eine Mutter ihr Kind, weil es das Haus mit verstrahlten Schuhen betreten habe. Die Palette der Reaktionen reicht von Sorglosigkeit über Resignation bis hin zu offener Angst.

Landrat Heinrich Haasis will selbst noch nirgendwo im Kreis eine derartige Strahlenhysterie wahrgenommen haben. Dafür bestehe auch gar kein Grund. Die Strahlenbelastung der Luft liege vielerorts bereits wieder unter den Grenzwerten, sie habe auch zu keiner Zeit eine »akute Gefährdung« der Bevölkerung dargestellt.

Der Spitzenwert von 24 700 Becquerel, der am vergangenen Samstag für kurze Zeit im Grasbewuchs in Balingen gemessen worden sei, habe rasant abgenommen. Die Quelle in Bietenhausen sei vorsorglich geschlossen worden, nachdem leicht erhöhte radioaktive Werte festgestellt worden seien, die auf Grund ihrer Höhe die Maßnahme zwar nicht erforderlich gemacht hätten. Da man aber in diesem Bereich auf ausreichend unbelastete Trinkwasservorräte zurückgreifen konnte, sei man nach dem Motto verfahren, auch die geringste Belastung zu vermeiden. Dasselbe treffe für die Bisinger Quelle zu, die aber bereits seit längerem – aus anderen Gründen – nicht benutzt worden sei.

Dennoch hält auch Landrat Haasis völlige Sorglosigkeit nicht für angebracht. Die Einnahme stark radioaktiv belasteter Lebensmittel wie Frischgemüse, Blattsalat,

der im Freien gezogen wurde und Milch von mit Frischfutter genährten Kühen sollte nach wie vor vermieden werden. Die Milch aus Molkereien sei dagegen unbedenklich. Als Konsequenz dieser Gefahr werde der Markt auch weiterhin überwacht. Der Aufenthalt und die sportliche Betätigung im Freien berge jedoch keine Gefahr, auch mit Langzeitschäden sei hier nicht zu rechnen. Die Absage von Sportveranstaltungen und Fußballspielen sei eine »klare Überreaktion« und durch nichts gerechtfertigt.

Demgemäß stellte sich auch heraus, daß die Absage des Fußballspiels des SV Rangendingen gegen den TSV Rot an der Rot nicht auf eine Platzsperre durch den WKD zurückzuführen ist. Die Absage des Spiels wurde vielmehr durch den Leiter der Landesliga Staffel vier verfügt. Dieser legte vom WKD gemessene Werte einer erhöhten Radioaktivität auf dem Platz seiner Entscheidung zugrunde.

Wie hoch dieser Wert war, konnte der WKD am Freitag nicht mitteilen. Die Meßgeräte zeigten keine Becquerelwerte an, im übrigen habe man durch das Innenministerium des Landes einen »Maulkorb« erhalten, der der Behörde derartige Auskünfte untersage. Landrat Haasis meinte dazu, von einem »Maulkorb« für die Polizeibehörden in dieser Sache sei ihm nichts bekannt. Nach den Veröffentlichungen, die auf Grund von Aussagen einiger Beamter zustande gekommen seien, die mit Strahlenmessungen befaßt seien, sehe er in einer solchen Maßnahme aber doch einen »gewissen Sinn«. Schließlich sollten die Beamten lediglich ihre Meßergebnisse an die Experten weitergeben. Wenn jeder, der »ein bißchen« wisse, Auskunft erteile, schaffe dies nur Unklarheit und Unsicherheit.

Wer sich an die Empfehlungen der Verwaltung hält, braucht sich, nach Ansicht des Landrats, in keinsten Weise Sorgen um seine Gesundheit machen. Frischgemüse und Salat würden voraussichtlich noch bis zum Sonntag untergepflügt. Die Landwirte würden entschädigt. Im übrigen setze sich jemand, der in 3000 Meter Höhe wandern gehe, derselben Strahlenbelastung aus, wie sie jetzt in unserer Luft bestehe. Anlaß zur Panik und Hysterie habe zu keiner Zeit bestanden.

MEINUNG DER LESER

Ein Narr, der's glaubt

Balingen. Zum Artikel »Schwörer besuchte Junge Union« (10. Mai) wird uns geschrieben:

»Unseren CDU-Abgeordneten Schwörer wirft so leicht nichts um. Schon gar nicht so eine kleine Atomkatastrophe der Marke Tschernobyl. Unangekündigt von jedem Zweifel, trällert er weiterhin die Melodie von der Sicherheit der Atomkraftwerke. Wahrscheinlich muß es erst bei uns zu einer ähnlichen Katastrophe kommen, bis hier der leiseste Zweifel dämmert. Nun, dann ist es leider zu spät. Denn genauso, wie die bundesdeutsche Atomindustrie in ihrer Zeitschrift »Atomwirtschaft« im Dezember 1983 den Atomreaktor von Tschernobyl als zuverlässig und sicher lobte (vor allem – man höre und staune – wegen des dreifachen Sicherheitssystems, wie dort zu lesen ist), preist Schwörer unverdrossen die Vorzüge deutscher Kernkraftwerke. Peinlich nur, daß wir mittlerweile wissen, was von solcher Art »Sicherheitsbeteuerungen« zu halten ist. Wie sagt schon das Sprichwort: »Der ist kein Narr, der es sagt, sondern der ist ein Narr, der es glaubt.«

Christoph Wagner
Neue Straße 47, Balingen

M 10

Gibt es nicht doch einiges zu verhindern?

SPD-Landeschef Lang in Winterlingen / Tschernobyl und Verdrängungsmechanismen

M 11

Langfristiger Ausstieg aus Atomenergie

Abgeordneter von Bülow zu Tschernobyl / Versäumnisse des Innenministeriums

Meßstetten-Oberdisisheim. Einen langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie forderte der Bundestagsabgeordnete der Sozialdemokraten, Dr. Andreas von Bülow, bei einer kürzlichen Veranstaltung der SPD Meßstetten in Oberdisisheim. Der

Von Bülow wies weiter darauf hin, was beim Einsatz von Atomwaffen alles passieren könne und plädierte für die Abschaffung dieser Waffen. Leider hätten sich zu viele mit dem angehäuften Waffenarsenal, auch im konventionellen Bereich, abge-

auf dem richtigen Weg zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Die Änderung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz bezeichnete von Bülow als Schwächung der Gewerkschaften. Er erklärte, im Bereich des Betriebsverfa-



Glückliche Kühe auf saftigen Wiesen, aber...

Balingen-Endingen. Bauer Karl Haußmann wußte keinen anderen Weg. Obwohl die baden-württembergische Landesregierung die Wiesen seit der Katastrophe von Tschernobyl noch nicht wieder zum Weiden freigegeben hat, entschloß sich der Endinger Bauer, die Hälfte seiner 100 Tiere auszutreiben. Täglich braucht er eine Tonne Heu zur Fütterung der Tiere. Den Winterbestand habe er aufgebraucht. Der Zukauf weiteren Trockenfutters sei nicht nur sehr schwer, er sieht dies als nur eine Verlagerung des Problems um wenige Tage. Denn selbst wenn er Trockenfutter für acht Tage kaufen könne, so steht er spätestens danach erneut vor demselben Problem. Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums aber müßte er sein Vieh mindestens 30 Tage im Stall lassen. Deshalb: „Einer muß den Anfang machen“, verteidigte Haußmann sein Handeln gegenüber unserer Zeitung. Er sei sicher, daß in dieser Woche auch auf anderen Weiden Vieh zu sehen sein wird. Denn als Bauer sieht Haußmann nur als Möglichkeiten das Vieh verhungern zu lassen, es vorher zu schlachten (was für ihn einen immensen finanziellen Verlust bedeute) oder das Vieh auszutreiben, bzw. Grünfutter einzuholen. Auf seine Anfrage beim WKD habe er lediglich zur Antwort bekommen: „Wenn Sie Ihr Vieh austreiben, dann tun Sie das auf eigenes Risiko, wir können es Ihnen nicht verbieten, nur empfehlen, das Vieh im Stall zu lassen.“

M 13 Schwarzwälder Bote vom Mittwoch, 14. Mai 1986

»Die ganze Welt redet doch darüber«

Auch im Kreistag lange Debatte zum Thema Tschernobyl und die Folgen

eri. Weilen u. d. R. Tschernobyl ist überall – selbst in der jüngsten Sitzung des Kreistages in Weilen u. d. R. beanspruchte das für viele nun bald leidige Thema eine erhebliche Zeit. Nicht nur, daß Landrat Heinrich Haasis (MdL) seine Räte umfassend über die Aktivitäten des Landratsamtes in Sachen sowjetischer Atomkatastrophe unterrichtete, die SPD-Fraktion hakte zur Informationspolitik gleich noch nach und der Grüne Thomas Müller hob sogar zu einer Grundsatzdiskussion über Atomfragen und Spätfolgen ab, solange, bis sich Balingens Oberbürgermeister Dr. Eugen Fleischmann sichtlich verärgert ereiferte: »Die ganze Welt redet darüber und weiß nichts und sie verlangen vom Landrat eine fachliche Auskunft«. Der Beifall von Mitgliedern aus allen Fraktionen zeigte, daß Fleischmann, der dann ein Ende der Debatte beantragte, den Kern der Sache wohl getroffen hatte, und daß die Mehrheit der Anwesenden sich tatsächlich auf Landkreis umfassender Erörterung beschränken wollten.

Wann und wie die ersten Werte und die ersten Empfehlungen im Landratsamt eingetroffen waren, was der Wirtschaftskontrolldienst zu tun hatte und über die zusätzlichen Untersuchungen auf Kreisebene berichtete Haasis. Auch darüber, daß nirgends eine Beschlagnahme von Salaten oder Gemüse erfolgen mußte, sondern daß bei bedenkllicher Ware die Händler überall freiwillig auf den Verkauf verzichteten.

Die Werte in der Luft hätten sich längst stabilisiert die Werte am Boden nähmen weiter ab und Milch und Wasser sowie Nahrungsmittel würden weiter kontrol-

liert. Inzwischen lägen sogar Ergebnisse von Fleischproben des WKD vor, die bis auf eine alle unbedenklich seien. Ob und inwieweit jedoch Stoffe wie Jod 131 und Cäsium 137 vom Körper aufgenommen werden und welche Folgen dies habe, vermochte auch Haasis nicht zu sagen. Zur Frage der Entschädigung äußerte sich der Landrat: »Wir sind der Meinung das entschädigt werden muß.« In Bund und Ländern seien bereits entsprechende Kommissionen am Werke, die Anmeldefristen für Ansprüche liefen.

Günther Wiebusch (SPD) wollte dann aber doch vom Landrat wissen, welche Konsequenzen, welche Maßnahmen die Landkreisbehörde ergreifen würde. Daß die Technischen Informationsmittel besser ausgenutzt und beansprucht werden müßten war für Haasis eine der nötigen Folgerungen, bestimmte Leute müßten besser erreichbar sein und ganz entscheidende Maßnahmen müßte es sicher auf höchster politischer Ebene geben.

Die Katastrophenschutzpläne, gab Haasis zu, müßten überarbeitet werden, denn der Katastrophenschutz (»seien wir doch alle mal ehrlich«) wäre wohl immer eher stiefmütterlich behandelt worden. Sicher müßten auch die ABC-Meßzüge noch besser ausgerüstet werden.

Unter anderem gelte es auch die Kommunikation zwischen Behörden und Ämtern zu sichern denn, so Haasis durch Anrufe besorgter Bürger seien Telefone

zum Teil blockiert worden. »Da ging zwei Tage nichts mehr« beschrieb Haasis den heißen Draht nach Stuttgart. Anstalten ins Thema tiefer einzusteigen machte schließlich Müller (Grüne), der zu langfristigen Schäden und gesundheitlichen Gefährdungen gleich auch noch eine Stellungnahme haben wollte, was Eugen Fleischmann (SPD) schließlich zu seinem temperamentvollen Einspruch veranlaßte.

Eine Rüge zu seiner Informationspolitik mußte sich Haasis schließlich aus den Reihen der SPD gefallen lassen. Helga Zimmermann hätte gerne genauere Angaben darüber gehabt wann, wo und wie gemessen worden sei. »An jeder Schule hat's Physiker und Chemiker die halbwegs was davon verstehen und überall rennen die Leute mit dem Geigerzähler durch die Gegend«. Mit genaueren Angaben wäre dieser Verunsicherung in der Bevölkerung doch abzuhelpen gewesen.

Haasis verteidigte die Zentralisierung der erfaßten Werte in Stuttgart, wo sie jeweils auch ausgewertet wurden. »Von uns hier kann keiner auf Grund der Messungen entscheiden was zu tun ist.« Norbert Roth (CDU) wollte schließlich die Gemüter beschwichtigen und meinte, daß wohl alle mit Vorwürfen sehr zurückhaltend sein sollten und sein Fraktionskollege Horst Schlagenhauf sah in einer »unbegründeten Angst« gar die größte Gefahr.

Amtliche Bekanntmachungen des Zollernalbkreises und der kreisangehörigen Städte und Gemeinden

Landratsamt legt neuesten Lagebericht von Umweltminister Weiser vor

Zur umfassenden Information der Bevölkerung gibt das Landratsamt des Zollernalbkreises nachstehenden jüngsten Lagebericht von Umweltminister Dr. h. c. Weiser bekannt:

Seit dem Lagebericht vom 12. Mai, 18.00 Uhr, hat sich die Situation insgesamt weiter verbessert. Zur Vorsorge führt die Landesregierung ihr umfangreiches Meßprogramm dennoch weiter.

Die von der Landesregierung eingerichteten und über die Presse bekanntgegebenen Bürgertelefone sind bis auf weiteres von 8.00 – 20.00 Uhr zu erreichen:

Zu gesundheitlichen Fragen, insbesondere Fragen zu Lebensmitteln

(07 11) 66 73 – 71 44

(07 11) 66 73 – 70 11

Zu Fragen der landwirtschaftlichen Erzeugung einschließlich Gartenbau

(07 11) 6 47 – 21 38

Zu Fragen der Lebensmittelangebote am Markt

(07 11) 6 47 – 22 76

Zur Belastung der Luft mit radioaktiven Stoffen und zu radiologischen Fachfragen

(07 11) 66 73 – 73 59

(07 11) 66 73 – 73 33

Diese Anschlüsse sind im Schichtdienst mit Fachleuten zu den angegebenen Aufgabengebieten besetzt. Es wird gebeten, nur diese genannten Nummern anzurufen.

Luft

Die Werte der künstlichen Radioaktivität der Luft sind landesweit unter einem Becquerel pro Kubikmeter geblieben.

Wasser

Die neuesten Werte, die der Landesregierung von Trinkwasseruntersuchungen vorliegen, sind unter der Nachweisgrenze. Das Trinkwasser der öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen ist deshalb absolut unbedenklich.

Die im Zollernalbkreis durchgeführten Messungen bestätigen dieses Ergebnis.

Die aktuellen Untersuchungen in Freibädern und bei Mineralwasser ergaben keine signifikant erhöhten Aktivitäten. Mineralwasser ist deshalb uneingeschränkt genießbar. Schwimmbäder können unbedenklich benutzt werden. Gesammeltes Regenwasser sollte nach wie vor nicht als Trink- oder Gießwasser verwendet werden.

Milch

Die Meßwerte bei Milch und Milchprodukten verbessern sich deutlich. Sie liegen erheblich unter dem von der Strahlenschutzkommission festgelegten Grenzwert. Diese Produkte können deshalb bedenkenlos verzehrt werden, soweit sie über Molkereien in den Handel gelangt sind.

Fleisch

Nach den bisher vorliegenden Untersuchungsergebnissen von Fleisch schlachtbarer Haustiere bestehen gegen den Verzehr dieses Fleisches weiterhin keine Bedenken, da die ermittelten Werte für Jod 131 und Cs 137 im Bereich der Nachweisgrenze liegen.

Bei Schlachttieren, insbesondere Schafen, die im Freiland (Weide) gehalten wurden, liegen die Werte für Jod 131 zwischen 46 und 70 Bq je Kilogramm und für Cs zwischen 80 und 120 Bq je Kilogramm Fleisch. Nach Aussage der Strahlenschutzkommission sind diese Werte als unbedenklich einzustufen. Die Untersuchungen werden fortgesetzt.

Es wird empfohlen, verunfalltes Wild, dessen Fleisch zum menschlichen Verzehr vorgesehen ist, vorher untersuchen zu lassen. Im übrigen wurde der Beginn der Rehwildjagd um vier Wochen verschoben.

Freiland Eier

Eier aus Geflügelhaltungen mit überwiegend Auslauf auf Grünlandflächen haben bei Stichprobenweisen Untersuchungen höhere Meßwerte als Eier aus der Stall-

haltung gezeigt. Im Hinblick auf den im allgemeinen geringen täglichen Verzehr an Eiern sind gesundheitliche Gefährdungen nicht zu befürchten. Aus diesem Grund hat die Strahlenschutzkommission des Bundes auch keinen Grenzwert für Eier bekanntgegeben. Den Geflügelhaltern wird jedoch vorsorglich empfohlen, die Grünfütterung möglichst zu unterlassen.

Empfehlungen für Kleingärtner/Gemüse

Die Landesregierung empfiehlt ausdrücklich noch einmal, die weitere **Frühjahrsbestellung saisongemäß und wie gewohnt mit allen Gemüsearten durchzuführen**. Nachdem mit keinen Nachtrüsten mehr zu rechnen ist, können unbedenklich Gemüsejungpflanzen wie Tomatensetzlinge u. a. gepflanzt werden. Bei den verschiedenen Gemüsearten werden die von den Gartenbaubetrieben angebotenen Jungpflanzen wie z. B. von Salat, Kohlrabi, Lauch und Kräutern wie gewohnt gekauft und auf die Gemüsebeete gesetzt. Die Jungpflanzen sind in den Gartenbaubetrieben ausschließlich in Gewächshäusern herangewachsen.

Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse bei Spargel bestätigen die gemachte Aussage, daß dieses Gemüse bedenkenlos verzehrt werden kann. Auch gegen den Verzehr von anderem Wurzelgemüse (z. B. Rettich, Radieschen, Möhren etc.), Kohlrabi (ohne Blätter) und Rhabarber bestehen nach wie vor keine Bedenken. Dasselbe gilt auch für Schnittlauch, Petersilie, Dill und andere Gewürzkräuter. Es wird nach wie vor empfohlen, alle Gemüsearten und Gewürzkräuter gründlich zu waschen.

Lediglich erntereifes Freilandblattgemüse, z. B. Salat und Blattspinat, wie bereits erlaubt, untergegraben oder kompostiert werden. Diese Empfehlung gilt auch für Mittwoch und Donnerstag. Am Donnerstag (15. 5. 1986) ist mit einer neuen Entscheidung zu rechnen, da die Werte weiterhin rückläufig sind.

Grünfütterung

Die Grünfütterung und der Weidebetrieb in den Gebieten nördlich der Donau wurden von der Landesregierung mit der dringenden Empfehlung, weiterhin vorhandenes Winterfutter beizufüttern, freigegeben.

Für die Gebiete südlich der Donau einschl. der Landkreise Konstanz und Waldshut sowie für Höhengebiete über 600 m NN empfiehlt die Landesregierung weiterhin Milchvieh von der Weide fernzuhalten bzw. kein Grünfutter zu geben. Diese Gebiete sind ausgenommen, weil sie durch fehlende Wachstumsintensität gegenüber den übrigen Gebieten noch zurückgeblieben sind und deshalb höhere Werte aufweisen.

Die Landesregierung prüft weiterhin die Entwicklung der Belastung des Grünfutters und wird, sobald sie es für vertretbar hält, die Grünfütterung auch in den zuletzt genannten Gebieten freigeben.

Es wird davon ausgegangen, daß bereits in den nächsten Tagen eine entsprechende Entscheidung möglich ist und die bisherige Empfehlung gänzlich aufgehoben werden kann.

Die Empfehlung, Weiderinder frühestens in 4 bis 6 Wochen zur Schlachtung abzugeben, bleibt aufrechterhalten.

Auslandsreisen

Wegen zahlreicher Anfragen aus der Bevölkerung empfiehlt die Landesregierung, in Übereinstimmung mit dem Auswärtigen Amt in Bonn, für Reisen in Länder außerhalb der Bundesrepublik Deutschland folgendes:

Von Reisen in das Katastrophengebiet von Tschernobyl und den angrenzenden Raum (Ukraine und Weißrußland) wird abgeraten.

Reisen in osteuropäische Urlaubsländer sowie in die übrigen Landesteile der Sowjetunion sind nach den von den dortigen Behörden mitgeteilten Daten und nach Feststellung der Weltgesundheitsorganisation nicht gesundheitsgefährdend, so daß keine Veranlassung besteht, von Reisen in diese Länder abzuraten. Dagegen macht insbesondere die ungewisse Herkunft der Lebensmittel in diesen Gebieten und die damit verbundene Unklarheit, ob jeweils eine radioaktive Belastung durch Nahrungsmittelaufnahme entstehen kann, eine genaue Einschätzung der jeweiligen örtlichen Situation unmöglich. Hierauf beruht im we-

sentlichen auch das von der EG beratene Einfuhrverbot für frische Lebensmittel aus Osteuropa einschl. der Sowjetunion. Die Entscheidung, ob Reisen in diese Länder durchgeführt werden, muß letztlich jedem Einzelnen überlassen bleiben. In den nord-, süd- und westeuropäischen Ländern sind die Meßwerte nach Angaben der Regierungen dieser Länder mit denen in der Bundesrepublik Deutschland identisch oder sogar günstiger.

Entschädigungen

Landwirtschafts- und Gartenbaubetriebe, die durch die Maßnahmen infolge des Reaktorunglücks in akute Existenznot geraten sind und Liquiditätsschwierigkeiten zu bewältigen haben, können Notstandsbeihilfe in Anspruch nehmen. Anträge sind beim zuständigen Landwirtschaftsamt zu stellen.

Betriebe, deren Produktion durch Kontamination geschädigt war und deshalb aus dem Verkehr gezogen werden mußte, werden in die allgemeine Entschädigungsregelung einbezogen.

Am Donnerstag (15. Mai 1986) berät die Agrarministerkonferenz der Länder auf Einladung von Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle die generellen Entschädigungsfragen.

Freizeitverhalten

Zum Freizeitverhalten werden in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Strahlenschutzkommission folgende Empfehlungen gegeben:

Schwimmbäder

Die bisher vorliegenden Meßwerte lassen erkennen, daß Badewasser in Freibädern und Badeseeen nur unerheblich belastet sind.

Es besteht kein Anlaß Bäder zu schließen oder nicht saisongemäß zu eröffnen. Die Benützung von Schwimmbädern – auch von Liegewiesen – ist in gesundheitlicher Hinsicht unbedenklich.

Spiel- und Sportplätze sowie andere Freizeitanlagen

Auf die bisherigen Empfehlungen, die eine uneingeschränkte Benützung dieser Anlagen freistellen, wird nochmals nachdrücklich hingewiesen. Es besteht keine Veranlassung Kinder nicht auf Spielplätzen im Freien spielen zu lassen oder Sportveranstaltungen abzusagen.

In Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium gibt Umweltminister Gerhard Weiser bekannt, daß vereinzelte Meldungen in den Medien, wonach die Schließung von Kindergärten oder Nutzungsbeschränkungen bezüglich Spiel- und Sportplätzen in Baden-Württemberg bevorstünden, der Grundlage entbehren.

Die Landesregierung habe in ihrem Sachstandsbericht sowie in der Anhörung des Umweltausschusses des Landtags dargelegt, daß sich aus der Bewertung der vorliegenden Meßergebnisse über Bodenkontaminationen sowie der jeweiligen Ortsdosisleistung keine Notwendigkeit ergibt, Nutzungseinschränkungen von Spiel- und Sportplätzen vorzusehen. Dies gilt auch bezüglich der im Süden des Landes vereinzelt gemessenen relativ hohen Bodenkontaminationswerte. Minister Weiser legte dar, daß die Frage der Nutzungseinschränkung von Spiel- und Sportplätzen nochmals eingehend mit dem Vorsitzenden der Strahlenschutzkommission, Herrn Prof. Dr. Oberhausen, erörtert worden sei. Die derzeitige Einschätzung der Landesregierung von Baden-Württemberg befindet sich in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Strahlenschutzkommission vom 7. 5. 1986, wonach derzeit weder ein Kinderspielverbot notwendig ist, noch Sandkästen, Tennisplätze, Aschenbahnen eine Gesundheitsgefährdung darstellen.

Zeittlager

Wie die vorliegenden Bodenmeßwerte zeigen, ist die radioaktive Kontamination so weit zurückgegangen, daß vom Abhalten von Zeittlagern keine gesundheitliche Gefährdungen zu befürchten sind. Hierbei sollte jedoch Trinkwasser aus diesen Gefährdungen zur Wasserversorgung zum Kochen und für die Körperreinigung zur der öffentlichen Wasserversorgung stehen. Für die Ernährung gelten die allgemeinen Verzehrsempfehlungen.

»Ich fühle mich um diesen Frühling betrogen«

Erstes Treffen der Bürgerinitiative gegen Atomkraft / Teilnehmer machten ihrer Besorgnis Luft

Balingen. Ihrer Betroffenheit und Wut über das Reaktorunglück in Tschernobyl und die Informationspolitik der Bundesregierung machten einige Teilnehmer beim Treffen der »Bürgerinitiative gegen Atomkraft« Luft. Rund 80 Personen hatten sich im Gemeindezentrum auf Schmieden getroffen, um über konkrete Aktionen zu beraten.

Initiiert war das Treffen von der Balingener Gruppe »Frauen für den Frieden«. Die Veranstalter betonten gleich zu Beginn der Versammlung, daß man sich »nicht in parteipolitische Debatten verstricken«, sondern den »Protest nach außen hin kundtun« wolle. Hier könne man mit einer kleinen Gruppe aber nicht viel unternehmen, brauche also viele Leute, die aktiv mitarbeiten. Als Schwerpunkt der Arbeit der Bürgerinitiative stellte sich bald die Information der Bevölkerung heraus. Es wurden Stimmen laut, daß die Bundesregierung die Menschen falsch informiert habe, damit nicht zuviel Besorgnis aufkomme.

Mehrere Mitglieder der Versammlung erklärten sich daher spontan dazu bereit, einige Fachleute zu einem Informationsabend einzuladen. Aus medizinischer, biologischer und technischer Sicht soll über den Reaktorunfall und seine Folgen informiert werden.

Einige erzählten, wie sie versucht hätten, an Informationen über die Strahlenbelastung heranzukommen. Trotz dutzender Telefonate seien sie zu keinem brauchbaren Ergebnis gelangt. Besonders betroffen zeigten sich dabei stillende Mütter. Nirgends seien hier Informationen zu bekommen gewesen, ob die Muttermilch nun verseucht sei oder nicht.

Kein Wunder, daß zwei Frauen betonten: »Mir reicht's ja schon lange, aber jetzt gehe ich auf die Straße, zeige, wie betroffen ich bin«. »Ich fühle mich einfach um diesen Frühling betrogen«, sagte einer der Teilnehmer, »und bin froh, daß ich keine so kleinen Kinder habe, denen ich versuchen müßte, zu erklären, warum sie nicht im Sandkasten spielen dürfen«. Gegen die Atomkraftwerke könne man nur etwas erreichen, wenn man jetzt an der politischen Diskussion dranbleiben werde. Hier gelte es, die starke Betroffenheit der Stunde bei der ganzen Bevölkerung zu nützen.

Als erste Aktion wollen nun einige Frauen und Männer am Freitagnachmittag eine spontane Demonstration zum Landratsamt machen. Sie wollen verseuchtes Gemüse und Gras in Säcken mitbringen und damit die Folgen des Unglücks in Tschernobyl plastisch machen. Den Verantwortlichen im Landkreis wollen sie damit zeigen, wie verunsichert sie sind, weil sie nach ihrer Meinung nicht genügend Informationen über die Strahlen erhalten haben.

Beim nächsten Treffen am Mittwoch, 21. Mai, sollen weitere Schritte überlegt werden, wie die Forderungen der Bürgerinitiative besser verwirklicht werden können. Am Mittwochabend formierten sich bereits einige kleinere Gruppen. Einmal soll in einer dieser Gruppen ein Fragekatalog ausgearbeitet werden, in dem konkrete Anfragen an die Verwaltung gerichtet werden. »Wir wollen konkret als Verbraucher erfahren woran wir sind«, lautet die Begründung für den Fragenkatalog. Eine andere Gruppe will die Spontan-Demonstration zum Landratsamt vorbereiten. Längerfristig wird von der Bürgerinitiative ein Volksbegehren angestrebt.

(Markierungen im Exemplar des Kreisarchivs)



M 16 Zollernalbkurier vom Freitag, 16. Mai 1986

Die böse Presse war es, die den Bürger in Verwirrung gestürzt hat, so jedenfalls stellt sich für Gesundheitsministerin Barbara Schäfer und Landrat Heinrich Haasis die Lage dar. Die Presse habe die von amtlichen Stellen ausgegebenen Werte nicht richtig oder falsch kommentiert weitergegeben und sich aus Sensationsmacherei auf völlig irrelevante Meßwerte von irgendwelchen Privatleuten gestürzt. Dadurch sei die Bevölkerung verunsichert worden, meinten beide übereinstimmend. Ja, der Landrat ging sogar soweit, dem demokratischen und föderalistischen System in der Bundesrepublik einen Teil der Schuld zuzuschustern. Dies nach dem Motto: »Schrecklich, daß sich da einfach jeder zu Wort melden darf!« Kein Wort aber darüber, daß die Landesregierung eine totale Informationssperre verhängt hat, keine Bezugsgrößen zu den veröffentlichten Meßwerten herausgab und schließlich dauernd beteuerte, es sei gar nicht schlimm, trotzdem aber alles einsammeln oder untergraben ließ. Eben darin liegt wohl ein Grund für die Verunsicherung der Bevölkerung. Wichtig ist, aus solchen Vorkommnissen zu lernen – auf allen Seiten.

Eines hat bisher sicher jeder bemerkt: Amtlicherseits hat man sich mit dem Problem zuvor nicht beschäftigt und es wollte bisher auch kaum jemand davon etwas wissen. Keiner war auf einen solchen Fall vorbereitet. Aus dem entstandenen Wirrwarr aber die Lehre zu ziehen, der Presse, und hier den öffentlich-rechtlichen Anstalten, mit einer Gesetzesänderung vorschreiben zu wollen in solchen Katastrophenfällen nur noch amtliche Verlautbarungen zu verbreiten, wie von Landrat Haasis ins Gespräch gebracht, ist gewiß nicht der richtige Weg.

Thomas Godawa



MIT VERSEUCHTEM GRAS UND GEMÜSE, verpackt in Plastiktüten, zogen gestern Mitglieder der »Bürgerinitiative gegen Atomkraft« mit ihren kleinen Kindern zum Landratsamt Balingen. Sie forderten Messungen auf Kinderspielflächen, in Schulen und Kindergärten. Sie beklagten die Informationspolitik des Landkreises und die »vorzeitige Entwarnung« vor der Strahlenbelastung. Foto: kep

Gras fürs Landratsamt

Atomkraftgegner protestierten bei Landrat Haasis / »Augenwischerei«

kep. Balingen. Mit einer spontanen Protestaktion brachten gestern rund 20 Erwachsene und Kinder ihre Besorgnis über die Strahlenbelastung nach der Katastrophe von Tschernobyl zum Ausdruck. Einige Mitglieder der neugegründeten »Bürgerinitiative gegen Atomkraft« deponierten Plastiksäcke mit strahlenverseuchtem Gras und Gemüse vor den Türen des Landratsamtes Balingen. Anschließend statteten sie Landrat Heinrich Haasis einen Besuch ab.

Dort zeigten sie sich mit der Informationspolitik des Landkreises nach der Katastrophe nicht einverstanden. Die meist jungen Mütter hatten ihre Kinder mitgebracht, um zu zeigen, daß insbesondere ihnen ihre Sorge gelte. Der Landrat wurde, nachdem er sich aus einer Versammlung hatte lösen können, mit einigen Forderungen konfrontiert.

So verlangten die Atomkraftgegner, daß täglich Messungen auf Schulhöfen, Kindergärten und auf Spielplätzen gemacht und die Werte veröffentlicht werden. Die totale Entwarnung, die zur Zeit gegeben werde, sei »reine Augenwischerei«, betonte eine der Teilnehmerinnen. Auch für die Muttermilch verlangten die Atomkraftgegner genaue Meßwerte.

Landrat Haasis entgegnete, daß auch er sich um die Zukunft seiner Kinder Sorge und genauso betroffen sei. Allerdings habe die Verwaltung die Katastrophe »relativ unvorbereitet« getroffen. Er betonte, daß die Strahlenschutzkommission, die seit 1974 bestehe, Richtwerte herausgegeben habe, die auf Kleinkinder gemünzt seien. Im übrigen seien diese Richtwerte unter der Schwelle einer Gesundheitsschädigung angesetzt.

Heinrich Haasis machte die verzwickte Lage deutlich, in der er sich zur Zeit befinde: Von anderer Seite werde er »angegriffen, weil der Landkreis zu strenge Werte« herausgegeben habe. Auf die Frage, was im Landkreis in nächster Zeit in punkto Strahlenbelastung noch unternommen werde, sagte der Landrat, daß die Trinkwasserquellen alle noch einmal untersucht würden. Wenn keine Bedenken auftauchten, werde nur noch einmal wöchentlich gemessen.

Falsch verstanden

Balingen. Zum Artikel »Gras fürs Landratsamt« (17. Mai) wird uns geschrieben:

Landrat Haasis kritisierte bei unserem Besuch im Landratsamt, daß die Menschen, die noch vor einem Jahr Katastrophenschutzpläne als Kriegsvorbereitung abgetan hätten, heute am lautesten nach solchen Plänen verlangen würden.

Da hat er einiges nicht richtig verstanden.

1. Es geht uns nicht darum, irgendwelche Pläne zu verbessern, sondern darum, die Ursachen für die angebliche Notwendigkeit solcher Pläne zu beseitigen, d. h. Vernichtung aller Atomwaffen in Ost und West sowie Abschalten der Atomkraftwerke.

2. Es ist in der Tat eine gefährliche Illusion, zu glauben, mit irgendwelchen Katastrophenschutzplänen könnten die Folgen eines Atomkrieges gelindert werden. Erinnert sei hier an die Äußerung des amerikanischen Knochenmark-Spezialisten Gale in Moskau, der darauf hinwies, daß bei einem Atomkrieg ärztliche Hilfe unmöglich sei, ja, daß schon der »relativ begrenzte Reaktorunfall« die Kräfte der Medizin übersteige.

3. Das ungefähr eine Woche nach dem Reaktorunfall in 1600 Kilometer Entfernung entstandene Durcheinander in der Bundesrepublik zeigt uns, was wir von den Katastrophenschutzplänen hier zu halten haben, nämlich gar nichts. Nur mit Grauen kann man sich vorstellen, was passiert, wenn ein deutsches Atomkraftwerk betroffen ist.

4. Trotzdem muß erlaubt sein, auf die Veröffentlichung der Katastrophenschutzpläne zu drängen. Schließlich wollen wir ja wissen, was unsere staatlichen Stellen bei einem solchen Vorfall mit uns vorhaben.

Ingrid Eckert-Müller
Balingen-Stockenhausen

M 20

MEINUNG DER LESER

»Nächstes Mal« einkalkuliert

Albstadt-Ebingen. Zum Bericht »Was enthielt radioaktive Wolke über Ebingen?« (17. Mai) wird uns geschrieben: »Ich bin nur eine der vielen besorgten jungen Frauen aus Albstadt, die sich bis jetzt voll Hoffnung auf ihre Kinder gefreut hat. Doch jetzt, nach Tschernobyl, können mein Mann und ich unsere Familienplanung nicht mehr so fortsetzen, wie wir uns das vorgenommen hatten. Wir können keine Kinder in eine Welt setzen, in der von unserer Regierung ein »nächstes Mal« durch überarbeitete Katastrophenschutzpläne schon einkalkuliert wird. Ich bin eine einfache Frau und will so verstanden werden, wie die Mütter und Väter, die in einer Sackgasse, aus Sorge um die Sicherheit ihrer Kinder, ein 30-km/h-Begrenzungsschild aufstellen lassen.«

Wir leben in einer demokratischen Staatsform, und das ist gut so. Das heißt, daß wir Bürger unseren Willen kundtun, und über von uns gewählte Frauen und Männer weiterleiten, bis zur Regierung, so daß diese nach unserem Willen handeln muß. In meinem Umfeld gibt es keinen mehr, der die Nutzung der Kernenergie befürwortet. Alle wissen sie, daß die Gefahren für die Gesundheit und das Leben zu groß sind und diese Art der Energieversorgung zu teuer werden lassen. Alle, mit denen ich gesprochen habe, meinen, es sei

sinnlos, Kraft in einer Bürgerinitiative einzusetzen.

Deshalb mache ich mich heute zum Sprecher dieser vielen besorgten Mitbürger und sage Ihnen, Herr Oberbürgermeister Pfarr, was ich als Demokratin von Ihnen fordere: Setzen Sie durch, daß in der Bundesrepublik nicht lang-, mittel- oder kurzfristig, sondern sofort begonnen wird, die atomaren Anlagen abzuschalten. Wenn alle die geistigen und forschenden Kräfte unserer Wissenschaftler von der Kernenergie weggelenkt und hingeführt werden zu den alternativen Möglichkeiten, so ist der Wechsel sehr schnell zu vollziehen. Trotz der Resignation meiner Mitbürger bin ich voller Hoffnung und Zuversicht, daß dies gelingen wird. Diese Demokratie kann richtig funktionieren. Denn wer etwas erreichen will und sich voll einsetzt, dem wird dies auch gelingen.

Habt Mut und kommt alle, um das Schwungrad zu vergrößern. Gemeinsam sind wir in der Lage, diese träge Maschine in Bewegung zu setzen. Die Thomasgemeinde in Ebingen stellt dazu ihren Gemeindesaal zur Verfügung. Am Donnerstag, 22. Mai, um 20 Uhr.

Ellen Hirt
Friedrich-List-Straße 69
7470 Albstadt-Ebingen

S.B.
20.5

Informationspolitik kritisiert

Junge Union: Katastrophenschutzpläne diskutieren

Jup. Hechingen. Die »miserable Informationspolitik der Ministerialbürokratie« des Bundes, aber auch des Landes im Zusammenhang mit dem Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl hat der Bezirksverband der Jungen Union Württemberg-Hohenzollern kritisiert. Bezirksvorsitzender Paul-Stefan Mauz (Burladingen) erklärte, gerade das Umwelt- und Sozialministerium seien überhaupt nicht auf einen derartigen Unfall vorbereitet gewesen und hätten die Information sowohl der unteren Behördenstränge als auch der Bevölkerung sträflich vernachlässigt.

Mauz: »Die Demokratie hat dadurch Vertrauen verloren, das nur dadurch zurückgewonnen werden kann, daß jetzt die Fehler eingestanden werden.« Nach Auffassung der Jungen Union ist die Behauptung bundesdeutscher Behörden, auf einen Reaktorunfall in der Bundesrepublik

sei man vorbereitet, angesichts der »wahrlich katastrophalen Unsicherheit der Behörden und ratloser Politiker« faden-scheinig.

Es sei nun erforderlich, die Katastrophenschutzpläne – sofern vorhanden – offen mit der Bevölkerung zu diskutieren und gegebenenfalls zu modifizieren. Der Bürger dürfe nicht länger darüber im unklaren belassen werden, was die Behörden im Katastrophenfall tatsächlich für ihn tun können.

Als besonders bedenklich bezeichnete JU-Bezirksvorsitzender Mauz die ständigen Unbedenklichkeitserklärungen der baden-württembergischen Gesundheitsministerin Barbara Schäfer: »Jede zusätzliche Dosis Radioaktivität birgt eine potentielle gesundheitliche Gefahr, und gerade die Spätfolgen sind nicht absehbar. Gerade eine Gesundheitsministerin hätte dies wissen müssen.«

Kritik war ganz anders gemeint

Landratsamt stellt Berichte über Haasis-Äußerungen richtig – Untersuchungsarten

Arg mißverstanden fühlt sich Landrat Heinrich Haasis. Die Äußerungen beim Besuch der baden-württembergischen Gesundheitsministerin Barbara Schäfer Mitte Mai in Hechingen und Balingen seien ganz anders gemeint gewesen, stellt jetzt das Landratsamt richtig. Den Geruch, Kritik an den Mechanismen einer »freien und offenen Gesellschaft« geübt zu haben, will der Landrat nicht auf sich sitzen lassen.

Kommentare und Leserbriefe in den Zeitungen des Kreises haben das Landratsamt Balingen und Landrat Heinrich Haasis jetzt aktiv werden lassen. Die Äußerungen des Landrats beim Besuch der baden-württembergischen Gesundheitsministerin Barbara Schäfer in Hechingen und Balingen sollen ganz anders gemeint gewesen sein. Berichtet worden war, der Landrat habe den Medien einen Teil der Schuld an der Hysterie nach dem sowjetischen Reaktorunglück gegeben, weil zu wenig amtliche Mitteilungen und zu viele andere Stimmen zu Gehör gekommen seien.

Gegen diese Version wehrt sich das Landratsamt jetzt mit einer »Richtigstellung«. Die Version des Landratsamtes im Wortlaut:

»Es ist vollkommen abwegig, den Eindruck zu erwecken, als verträten Landrat Heinrich Haasis und das Landratsamt die Auffassung, daß in bestimmten Situationen, wie jetzt beim Reaktorunfall in der UdSSR, in

den Medien nur noch amtliche Mitteilungen erscheinen dürfen. Landrat Haasis betonte im Gegenteil bei allen seinen Äußerungen immer wieder, unser Vorteil liege gerade darin, in einer freien und offenen Gesellschaft zu leben, in der sich alle, die sich dazu berufen fühlen, zu Wort melden können. Kritisiert wurde von Landrat Haasis lediglich, daß in sehr vielen Artikeln amtliche mit anderen Mitteilungen verquickt wurden.

Landrat Haasis meinte, es wäre korrekt, zwischen Meldung und Kommentar strikt zu trennen. In solchen Situationen sollten Rundfunk, Fernsehen und Presse den amtlichen Stellen die Möglichkeit bieten, ihre Darstellung und Information so zu veröffentlichen, daß für den Bürger sichtbar wird, von wem die einzelne Information stammt. Dabei wäre es sinnvoll, wenn das öffentlich-rechtliche Fernsehen und der Rundfunk zum Beispiel täglich zu bestimmten Zeiten etwa um 18 Uhr wenigstens fünf oder zehn Minuten offizielle Stellungnahmen der verantwortlichen Regierung und der beratenden Wissenschaftler senden würden. Wenn klar kenntlich gemacht sei, von wem die Information komme, könne der Bürger seine Information auch werten.

Dieser Vorschlag zielt keineswegs darauf ab, Informationen oder die Meinungsvielfalt zu unterdrücken. Selbstverständlich muß es Rundfunkanstalten, dem Fernsehen und der Presse unbenommen bleiben,

daneben andere Stellen zu Wort kommen zu lassen oder die Situation aus ihrer Sicht zu kommentieren.

Fälschlicherweise wurde in einem Leserbrief der Eindruck erweckt, das Landratsamt sei dafür verantwortlich, daß die Polizei in Balingen ihre beiden Meßgeräte zurückgegeben hat. Der Wirtschaftskontrolldienst ist nicht dem Landratsamt unterstellt, so daß es von dort auch keine entsprechende Anordnung gibt.

Bei den beiden Geräten, die vom Wirtschaftskontrolldienst abgegeben wurden, handelt es sich um reine Impuls-Meßgeräte. Mit diesen Geräten können keine Aktivitäts- beziehungsweise Strahlenwerte ermittelt werden. Vielmehr hat auch der Wirtschaftskontrolldienst seither einzelne Proben an die speziellen Untersuchungseinrichtungen gesandt, wo dann die genauen Untersuchungen und Messungen durchgeführt wurden.

Wie von der Landesregierung in ihrem jüngsten Lagebericht bestätigt, werden landesweit, auch im Zollernalbkreis, unter anderem vom Wirtschaftskontrolldienst weiterhin Proben entnommen und die Untersuchungen von Luft, Boden, Salat, Gemüse, Milch und Trinkwasser fortgeführt.

Der Wirtschaftskontrolldienst hat dabei nur ergänzende Funktion, nämlich Proben zu entnehmen und den untersuchenden Instituten zuzuleiten.

Bohrende Bürgerfragen zum Reaktorunglück

Tschernobyl und kein Ende / Diskussionsabend im vollbesetzten Gemeindesaal